

Stellungnahme

Öffentliche Konsultation der EU-Kommission zum kollektiven Rechtsschutz

Die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. ist die zentrale branchenübergreifende Interessenvertretung der bayerischen Wirtschaft gegenüber staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen. Unser Ziel ist die Aufrechterhaltung und Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit bayerischer Unternehmen. Die vbw vertritt branchenübergreifend die Interessen von 93 Mitgliedsverbänden sowie von 30 Einzelunternehmen (Fördermitglieder). Die Mitgliedsverbände der vbw stehen für rund 3,3 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte.

Die vbw unterstützt das Anliegen der EU-Kommission, eine wirksame Durchsetzung des Unionsrechts zu gewährleisten. Eine effiziente Rechtsdurchsetzung und eine angemessene Kompensation sind für Bürger und Unternehmen von großer Bedeutung.

Die Einführung von Sammelklagen auf EU-Ebene lehnt die vbw jedoch ab:

- Keine Kompetenz der EU
 - Effektive Durchsetzung des Rechts ist Aufgabe der nationalen Zivil- und Prozessrechte
 - Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit müssen gewahrt werden
- Große Missbrauchsgefahr bei Sammelklagen
 - Gerade kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) befürchten den öffentlichkeitswirksamen, missbräuchlichen Einsatz von Sammelklagen gegen ihr Unternehmen.
 - Der Klägerkreis ist bei einer „opt-out“-Klage nicht ausdrücklich identifiziert; eine automatische Rechtskrafterstreckung auf Einzelne, die ohne ihr Wissen Beteiligte eines Verfahrens werden, widerspricht den grundlegenden Werten der meisten europäischen Rechtssysteme.
 - Wird vom Prinzip, dass der Verlierer des Prozesses die Kosten zu tragen hat, abgerückt, besteht ein Anreiz für Masseverfahren ohne finanzielle Risiken.
 - Erfolgshonorare für Anwälte führen zu einer „Klageindustrie“ - mit der Folge, dass ein Großteil der Schadensersatzsumme nicht beim Geschädigten, sondern beim Anwalt ankommt.

- Kein Nachweis für Notwendigkeit der Einführung von Sammelklagen
 - Keine Defizite bei der Rechtsdurchsetzung
 - Durchsetzung einer Forderung hängt nicht vom Instrument der Sammelklage ab; bei Unternehmen spielen ökonomische Aspekte und innerbetrieblich verfolgte Ziele eine große Rolle.

Sinnvoller als eine neue legislative Initiative auf europäischer Ebene wäre die Evaluati-
on und Weiterentwicklung der bestehenden europäischen Rechtssetzungsinstrumente.
Ebenso könnte eine Stärkung der außergerichtlichen Streitbeilegung in Frage kommen.

Zu den Fragen im Einzelnen

Frage 1

Welchen Mehrwert hätte die Einführung neuer kollektiver Rechtsschutzmechanismen
(Unterlassungs- und / oder Schadenersatzklage) für die Durchsetzung des Unions-
rechts?

Die vbw lehnt die Einführung von kollektiven Rechtsschutzmechanismen ab und sieht
in diesen keinen Mehrwert für die Rechtsdurchsetzung.

Frage 2

Sollte die kollektive Rechtsdurchsetzung im privaten Interesse unabhängig von der
Rechtsdurchsetzung durch hoheitliche Stellen oder ergänzend oder subsidiär hierzu
erfolgen? Ist eine Abstimmung zwischen Kollektivklagen von privater Seite und hoheit-
licher Rechtsdurchsetzung erforderlich? Falls ja, wie kann diese Abstimmung erfolgen?
Gibt es aus Ihrer Sicht Beispiele in den Mitgliedstaaten oder in Drittländern, die einer
möglichen EU-Initiative als Vorbild dienen könnten?

Das Schadenersatzrecht darf nicht zum Zweck staatlicher Ordnungspolitik instrumen-
talisiert werden. Die gesellschaftspolitischen Ziele Abschreckung und Prävention ge-
hen über die Schadenskompensation hinaus und sollten nur vom Staat durchgesetzt
werden.

Frage 3

Sollte die EU die Rolle nationaler öffentlicher Einrichtungen und / oder privater Vertretungsorgane bei der Durchsetzung des EU-Rechts stärken? Falls ja, wie und in welchen Bereichen sollte dies geschehen?

Die Rolle öffentlicher Einrichtungen und / oder privater Organisationen sollte nicht gestärkt werden, da dies zu einem Ungleichgewicht zwischen den Parteien führen würde.

Frage 4

Wie müsste Ihrer Ansicht nach eine EU-Initiative zu kollektiven Rechtsschutzverfahren (Unterlassungsklage und / oder Schadenersatzklage) aussehen, um mit den Grundsätzen des EU-Rechts, z. B. Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und Effektivität, im Einklang zu stehen? Würde Ihre Antwort je nach Bereich, in dem die Initiative gestartet würde, anders ausfallen?

Unter Beachtung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit ist eine Legitimation für einen Gesetzgebungsvorschlag auf EU-Ebene nicht gegeben. Sollten in den nationalen Rechtsordnungen Defizite bei der Durchsetzung berechtigter Schadenersatzforderungen bestehen, sind diese auf nationaler Ebene zu beheben.

Frage 5

Würde es ausreichen, den Anwendungsbereich der bestehenden EU-Vorschriften zu kollektiven Unterlassungsklagen auf andere Bereiche auszuweiten, oder sollte die Möglichkeit kollektiver Schadenersatzklagen auf europäischer Ebene eingeführt werden?

Die vbw lehnt die Einführung von kollektiven Rechtsschutzmechanismen auf europäischer Ebene ab. Es bestehen bereits ausreichende Klagemöglichkeiten auf deutscher und europäischer Ebene.

Frage 6

Sollte eine mögliche EU-Initiative rechtlich verbindlich sein oder in unverbindlicher Form erfolgen (z. B. Hilfestellung durch Bereitstellung bewährter Verfahren)? Wo sehen Sie die jeweiligen Vorteile und Risiken bei den beiden Ansätzen? Würde Ihre Antwort je nach dem Bereich, in dem die Initiative gestartet würde, anders ausfallen?

Unter Beachtung der Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit ist eine Legitimation für einen Gesetzgebungsvorschlag auf EU-Ebene nicht gegeben.

Frage 7

Stimmen Sie zu, dass sich eine etwaige EU-Initiative zum kollektiven Rechtsschutz (Unterlassungsklage und / oder Schadensersatzklage) an gemeinsamen, auf EU-Ebene festgelegten Grundsätzen orientieren sollte? An welche Grundsätze würden Sie dabei denken? Welcher Grundsatz erscheint Ihnen besonders wichtig?

Die vbw lehnt die Einführung von kollektiven Rechtsschutzmechanismen auf europäischer Ebene ab.

Sollte sich die Kommission trotzdem zu einer Initiative entschließen, muss sich diese ganz klar vom US-System der „class actions“ abgrenzen. Dies wäre nur möglich, wenn folgende Kriterien – und zwar jedes einzelne von ihnen – eingehalten werden:

- **Ausdrückliche Identifikation des Klägerkreises (»opt-in«- Regelung)**
Die Angabe eines lediglich „identifizierbaren“ Klägerkreises ist nicht zulässig. Eine automatische Rechtskrafterstreckung widerspräche der grundlegenden Wertentscheidung der meisten europäischen Rechtssysteme.
- **Keine Ausforschungsbeweise**
Jede Partei muss die sie begünstigenden Tatsachen vorbringen. Wenn der Kläger seinen Vortrag nicht mehr einzeln darlegen und beweisen müsste, würden völlig falsche Anreize gesetzt, aussichtslose Klagen auf den Weg zu bringen.
- **Keine Abkehr vom „loser-pays-Prinzip“**
Ausschlaggebend für die Erhebung einer Klage müssen immer die materiellen Aussichten einer Klage sein.
- **Keine Erfolgshonorare für Anwälte**
Essentiell, um eine „Klageindustrie“ zu vermeiden.
- **Kein Strafschadenersatz**
Dies würde dem Grundgedanken des kontinentaleuropäischen Schadensersatzbegriffs widersprechen, wonach lediglich der Zustand wiederhergestellt werden soll, der vor dem schädigenden Ereignis bestanden hat.
- **Keine mehrfache Inanspruchnahme für denselben Schaden**
Dies wäre bei Kartellverfahren insbesondere im Hinblick auf die Regelungen zur Passing-On-Defence zu beachten.
- **Keine Vermutungsregelung hinsichtlich des Verschuldens**
Diese wird komplizierten Rechtsfällen nicht gerecht. Eingriffe in materielles Recht über die Hintertür des Zivilprozessrechts sind unbedingt zu vermeiden.

Frage 8

Wie schon erwähnt haben bereits mehrere Mitgliedstaaten Regelungen im Bereich des kollektiven Rechtsschutzes erlassen. Kann die bislang gewonnene Erfahrung einzelner Mitgliedstaaten dazu beitragen, europäische Grundprinzipien aufzustellen?

Erfahrungen der Mitgliedstaaten sollten grundsätzlich berücksichtigt werden. Da viele Instrumente zur kollektiven Rechtsdurchsetzung noch relativ neu eingeführt sind, sind die Entwicklungen noch nicht abgeschlossen und sollten zunächst abgewartet werden.

Frage 9

Welches sind - unter Berücksichtigung der europäischen Rechtstradition und der Rechtsordnungen der 27 Mitgliedstaaten - die besonderen Merkmale, die eine EU-Initiative Ihrer Ansicht nach aufweisen muss, um einen wirksamen Zugang zum Recht zu gewährleisten?

Siehe Antwort Frage 7.

Frage 10

Sind Ihnen Beispiele kollektiver Rechtsdurchsetzung aus einem oder mehreren Mitgliedstaaten bekannt, die als Inspiration für die EU oder andere Mitgliedstaaten dienen könnten? Bitte erläutern Sie, warum Sie diese Beispiele als besonders positiv empfinden. Gibt es umgekehrt einzelstaatliche Vorgehensweisen, die Probleme bereiten haben, und wenn ja, wie wurden diese Probleme behoben bzw. wie könnten sie behoben werden?

Das „class actions“ System in den USA ist ein negatives Beispiel dafür, wie kollektiver Rechtsschutz nicht aussehen sollte.

Positiv zu bewertende Ansätze in Deutschland sind Gewinnabschöpfungsansprüche zugunsten des Bundeshaushalts wie sie z. B. in § 10 UWG und § 34a GWB geregelt sind. Sie ermöglichen es Verbänden, eine Vorteilsabschöpfung zugunsten des Bundeshaushalts geltend zu machen. Im Kartellrecht besteht zudem die Möglichkeit einer verwaltungs- und bußgeldrechtlichen Vorteilsabschöpfung durch die Kartellbehörde.

Darüber hinaus gibt es in Deutschland gute Erfahrungen mit der Streitgenossenschaft (gemeinsamer Tatsachenvortrag und Beweisantritt mehrerer Kläger oder Beklagten, § 59 ZPO) oder der Prozessverbindung (Gericht verbindet mehrere anhängige Prozesse miteinander, § 147 ZPO).

Frage 11

Was sind aus Ihrer Sicht die wesentlichen Elemente einer wirksamen und effizienten kollektiven Rechtsdurchsetzung? Gibt es Besonderheiten, die beachtet werden müssen, wenn auch KMU den Weg des kollektiven Rechtsschutzes beschreiten wollen?

Die vbw lehnt die Einführung von kollektiven Rechtsschutzmechanismen auf europäischer Ebene ab. Zu den Gefahren siehe Antwort Frage 7.

Gerade kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) befürchten den öffentlichkeitswirksamen, missbräuchlichen Einsatz von Sammelklagen gegen ihr Unternehmen.

Ein Bedürfnis von KMU, selbst kollektive Rechtsschutzinstrumente zu nutzen, besteht nicht.

Frage 12

Wie lässt sich eine wirksame Rechtsdurchsetzung ohne langwierige und kostspielige Verfahren erreichen?

Kollektive Klagemechanismen bringen wegen ihrer Komplexität immer hohe Kosten und eine lange Verfahrensdauer mit sich. Eine schnelle und kostengünstige Streitbeilegung ließe sich ggfs. mit alternativer Streitschlichtung erreichen.

Frage 13

Wie, wann und durch wen sollten die Opfer von EU-Rechtsverletzungen über die Möglichkeit, im Verbund Klage (Unterlassungsklage und / oder Schadensersatzklage) zu erheben oder einem laufenden Verfahren beizutreten, informiert werden? Über welchen Informationskanal ließe sich eine größtmögliche Zahl von Geschädigten erreichen, insbesondere dann, wenn diese in verschiedenen Mitgliedstaaten beheimatet sind?

Die Geschädigten müssen über ihre Rechtsschutzmöglichkeiten informiert werden. Problematisch ist jedoch die Gefahr der Rufschädigung eines Unternehmens durch Medienkampagnen, unabhängig vom Ausgang des Prozesses. Werden diese bewusst mit Falschmeldungen eingesetzt, sollte die Möglichkeit einer Sanktionierung bestehen.

Bestehende staatliche Plattformen könnten in neutraler Form über mögliche Verfahren informieren.

Frage 14

Wie können die Geschädigten gerade in grenzüberschreitenden Fällen am effektivsten vertreten werden? Wie kann die Kooperation zwischen unterschiedlichen Vertretungsorganen speziell in grenzüberschreitenden Fällen erleichtert werden?

Hier stellt sich die Frage, ob überhaupt ein Defizit der effektiven Rechtsdurchsetzung bei grenzüberschreitenden Sachverhalten besteht. Laut der Studie "Evaluation of the effectiveness and efficiency of collective redress mechanisms in the EU" weisen lediglich 10 % der Klagen grenzüberschreitenden Charakter auf.

Frage 15

Welche anderen Anreize ohne direkten Bezug zur Justiz wären denkbar, um die Inanspruchnahme alternativer Streitbeilegungsverfahren im Falle von Kollektivansprüchen zu fördern?

Vorteile der alternativen Streitbeilegungsverfahren sind geringere Kosten, ein schneller Abschluss des Verfahrens, ein geringes Maß an Öffentlichkeit und eine größere Einigungsbereitschaft aufgrund der Freiwilligkeit der Inanspruchnahme des Verfahrens.

Wenn Kollektivansprüche im Rahmen von ADR-Verfahren geltend gemacht werden sollen, was die vbw nicht befürwortet, müssten zumindest die gleichen Kriterien zur Vermeidung von Missbrauch gelten, wie wir sie in Frage 7 für kollektive Rechtsdurchsetzungsmechanismen skizziert haben.

Frage 16

Sollte der Versuch, einen Rechtsstreit durch eine außergerichtliche Einigung zu beenden, verbindliche Voraussetzung für einen gerichtlichen Schadensersatzprozess sein?

Verfahren der außergerichtlichen Streitbeilegung müssen freiwillig durchgeführt werden. Ansonsten ist die Wahrscheinlichkeit einer Einigung sehr gering und das Verfahren führt nur zu mehr Kosten und einer längeren Verfahrensdauer.

Frage 17

Wie lässt sich am besten gewährleisten, dass Mechanismen der einvernehmlichen kollektiven Streitbeilegung mit einem fairen Ergebnis enden? Sollte die Angemessenheit des Ergebnisses von einem Gericht überprüft werden?

Grundsätzlich lehnt die vbw kollektive Streitbeilegungsmechanismen ab. Unabhängig davon wäre die Durchführung durch eine unabhängige neutrale Stelle zu empfehlen, damit ein faires Ergebnis erzielt wird. Eine weitergehende Kontrolle des Ergebnisses als auf schwerwiegende Verstöße gegen grundlegende Rechtsprinzipien darf nicht stattfinden.

Frage 18

Sollte das Ergebnis einer einvernehmlichen kollektiven Streitbeilegung auch in Fällen, die derzeit nicht unter die Richtlinie 2008/52/EG über bestimmte Aspekte der Mediation in Zivil- und Handelssachen fallen, für die beteiligten Parteien für rechtlich verbindlich erklärt werden können?

Die vbw lehnt die Einführung von kollektiven Streitbeilegungsmechanismen auf europäischer Ebene ab. Auf jeden Fall müssen Missbrauchsmöglichkeiten (siehe Antwort Frage 7) ausgeschlossen werden.

Frage 19

Gibt es bei einer einvernehmlichen kollektiven Streitbeilegung weitere Aspekte, die für einen wirksamen Zugang zum Recht gewährleistet sein müssen?

Auch kollektive Streitbeilegungsverfahren bergen ein Missbrauchspotenzial. Die in der Antwort zu Frage 7 genannten Einschränkungen der Missbrauchsmöglichkeiten müssen auch hier beachtet werden.

Frage 20

Wie können die legitimen Interessen aller Parteien in Kollektivverfahren (kollektive Unterlassungs- und / oder Schadensersatzklage) angemessen geschützt werden? Welche im Recht der Mitgliedstaaten oder von Drittländern eingebauten Sicherheiten sind Ihrer Ansicht nach besonders geeignet, um den Klagemissbrauch einzudämmen?

Alle in Antwort zu Frage 7 aufgezählten Sicherheitsmechanismen müssen eingehalten werden.

Frage 21

Sollte der Grundsatz "Wer verliert, zahlt." auf Kollektivklagen in der EU (Unterlassungsklagen und / oder Schadensersatzklagen) Anwendung finden? Gibt es Umstände, die aus Ihrer Sicht Ausnahmen von diesem Prinzip zulassen würden? Wenn ja,

sollten diese Ausnahmen gesetzlich genauestens geregelt werden oder sollte es – gegebenenfalls auf der Grundlage einer allgemeinen Vorschrift – den Gerichten überlassen bleiben, sie von Fall zu Fall zu prüfen?

Der Grundsatz „Wer verliert, zahlt“ muss ausnahmslos beibehalten werden. Dieser verhindert missbräuchliche Klagen ohne Erfolgsaussicht.

Frage 22

Wer sollte in einem kollektiven Rechtsschutzverfahren klageberechtigt sein? Sollte das Recht, Kollektivklagen einzureichen, bestimmten Einrichtungen vorbehalten sein? Wenn ja, welche Kriterien müssen diese Einrichtungen erfüllen? Bitte geben Sie an, wenn ihre Antwort je nach Art der Kollektivklage und Art der Geschädigten (z. B. Verbraucher oder KMU) unterschiedlich ausfällt.

Personen oder Einrichtungen, die nicht Anspruchsinhaber sind, aber ein eigenes finanzielles Interesse verfolgen, sollten keinen Schadensersatz im Klageweg geltend machen dürfen.

Frage 23

Welche Rolle sollte der Richter in kollektiven Rechtsschutzverfahren spielen? Sollten Vertretungsorgane, die Klage erheben, durch eine zuständige staatliche Stelle als solche anerkannt werden oder sollte diese Entscheidung in jedem Einzelfall den Gerichten überlassen bleiben?

Der Richter muss immer die entscheidende Rolle bei der Zulassung einer Kollektivklage haben und insbesondere die Legitimation der Kläger und die Erfolgsaussichten der Klage vorab überprüfen.

Vertretungsorgane müssten von einer staatlichen Stelle anerkannt und in einem amtlichen Register geführt werden.

Frage 24

Welche sonstigen Absicherungen sollten in eine mögliche EU-Initiative zum kollektiven Rechtsschutz einfließen?

Es müssen die in Antwort 7 genannten Sicherheitsmechanismen kumulativ eingehalten werden.

Frage 25

Wie kann die Finanzierung kollektiver Rechtsschutzverfahren (Unterlassungsklage und / oder Schadensersatzklage) in angemessener Weise gewährleistet werden – vor allem so, dass missbräuchliche Klagen vermieden werden?

Vom Grundsatz „Wer verliert, zahlt“ darf auf keinen Fall abgewichen und es dürfen keine Erfolgshonorare für Anwälte zugelassen werden, um Missbrauch zu vermeiden.

Frage 26

Ist eine Finanzierung aus nichtstaatlicher Quelle (wie die Finanzierung durch private Dritte oder Rechtsschutzversicherungen) denkbar, bei der die Balance zwischen dem Zugang zum Recht und der Vermeidung unnötiger Prozesse gewährleistet ist?

In Deutschland haben sich das Instrument der Prozesskostenhilfe und das System der Rechtsschutzversicherungen bewährt.

Kritisch zu sehen sind private Drittfinanzierer, die ein hohes finanzielles Eigeninteresse am Ausgang der Klage haben.

Frage 27

Sollen Vertretungsorgane, die Kollektivklagen einbringen, ihre Prozesskosten einschließlich ihrer Verwaltungskosten bei der unterlegenen Partei geltend machen können? Gibt es andere Möglichkeiten, wie die Kosten der Vertretungsorgane gedeckt werden können?

Das Prinzip „Wer verliert, zahlt“ muss auch für die Prozesskosten in diesem Fall gelten. Allgemeine Verwaltungskosten dieser Vertretungsorgane sollten jedoch nicht geltend gemacht werden können.

Frage 28

Gibt es weitere Punkte bei der Frage nach der Finanzierung kollektiver Rechtsschutzverfahren, die beachtet werden müssen, um einen effektiven Zugang zum Recht zu gewährleisten?

Die in den Antworten zu Fragen 21 und 25 - 27 angesprochenen Punkte müssen beachtet werden. Derzeit sind keine weiteren Punkte ersichtlich.

Frage 29

Gibt es Ihres Wissens nach Beispiele für besondere grenzüberschreitende Probleme bei der Feststellung des Gerichtsstands oder der Anerkennung oder der Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen? Welche Konsequenzen hatten diese Probleme und welche Abhilfemaßnahmen wurden ergriffen?

Besondere Probleme bei Anerkennung und Vollstreckung von Gerichtsurteilen sind uns nicht bekannt. Insbesondere das Exequaturverfahren wird nicht als Problem wahrgenommen. Lange Wartezeiten bei Vollstreckung von Gerichtsverfahren kommen zwar vor, sind aber dem jeweiligen mitgliedstaatlichen System immanent und auf Personalengpässe, Strukturierung von Abläufen und Arbeitsbelastung zurückzuführen. Die Abschaffung des Exequaturverfahrens wird ganz im Gegenteil als sehr bedrohlich, insbesondere von KMU, wahrgenommen. Auch in Zukunft dürfen Urteile, die auf Grund von Sammelklagen ergangen sind, nicht einfach vollstreckt werden können.

Frage 30

Müssen Fragen der gerichtlichen Zuständigkeit sowie der Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und / oder des anwendbaren Rechts für den kollektiven Rechtsschutz gesondert geregelt werden, um eine wirksame Durchsetzung des Unionsrechts in der gesamten EU zu gewährleisten?

Die vbw lehnt kollektive Rechtsdurchsetzungsinstrumente ab und hält besondere Privilegierungen in Ergänzung der EuGVVO demnach für nicht notwendig.

Frage 31

Gibt es Ihrer Ansicht weitere Bereiche im Zusammenhang mit grenzübergreifenden kollektiven Rechtsschutzverfahren, die gesondert geregelt werden müssten, zum Beispiel einvernehmliche kollektive Streitbeilegungsmechanismen oder Verletzungen des EU-Rechts durch Online-Anbieter von Waren und Dienstleistungen?

Die vbw lehnt kollektive Streitbeilegungsmechanismen wegen der bestehenden Missbrauchsgefahren ab. Auf jeden Fall müssen die in Antwort 7 genannten Mindeststandards eingehalten werden.

Einen Bedarf für eigene Regelungen für den online Bereich sieht die vbw nicht. Im E-Commerce Bereich bestehen bereits gut funktionierende Streitbeilegungsverfahren.

Frage 32

Gibt es weitere gemeinsame Grundsätze, die durch die EU festgehalten werden sollten?

Es besteht kein weiterer Bedarf zum Festlegen gemeinsamer Grundsätze durch die EU. In jedem Fall muss sich jede Maßnahme der EU an der kontinental-europäischen Rechtstradition orientieren.

Frage 33

Sollte die Arbeit der Kommission in Bezug auf kollektive Schadensersatzklagen auf weitere Bereiche des EU-Rechts – außer Wettbewerb und Verbraucherschutz – ausgedehnt werden? Wenn ja, auf welche? Gibt es in den jeweiligen Bereichen Besonderheiten, die beachtet werden müssten?

Nein. Die vbw lehnt kollektive Schadensersatzklagen im Wettbewerbs- und Verbraucherschutzrecht ab. Ein Bedarf, kollektive Rechtsdurchsetzungsinstrumente zu etablieren, ist auch in anderen Bereichen des EU-Rechts nicht gegeben.

Frage 34

Sollte eine mögliche EU-Initiative im Bereich des kollektiven Rechtsschutzes allgemeiner Natur sein oder wäre es angebrachter, Initiativen in einzelnen Politikfeldern vorzusehen?

Die vbw lehnt jede legislative EU-Initiative im Bereich des kollektiven Rechtsschutzes generell ab. Allenfalls wäre eine unverbindliche allgemeine Initiative denkbar.

Ansprechpartner

Kristina Fink

Grundsatzabteilung Recht

Telefon 089-551 78-238

Telefax 089-551 78-233

kristina.fink@vbw-bayern.de

www.vbw-bayern.de